



Deutschland funktioniert in Brüssel besser. Aber wofür?

EBD-Analyse nach einem Jahr Bundesregierung Merz (06.05.2026)

erarbeitet vom EBD-Generalsekretariat

Ein Jahr nach Amtsantritt der Bundesregierung Merz fällt die europapolitische Bilanz gemischt aus. Deutschland ist in Brüssel wieder berechenbarer geworden. Die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung wirkt geschlossener, offene deutsche Blockaden sind seltener geworden, und europäische Fragen werden im Kanzleramt ernster genommen als zuvor. Nach Jahren, in denen Partnerinnen und Partner in der EU zu oft auf verspätete deutsche Kompromisse, Enthaltungen oder widersprüchliche Signale blickten, ist das ein echter Fortschritt.

Doch bessere Koordinierung ist noch keine europäische Strategie. Die entscheidende Frage lautet nicht nur, ob Deutschland in Brüssel reibungsloser funktioniert. Sie lautet: Welche Europäische Union will die Bundesregierung und wie soll diese gestaltet werden, gerade in Zeiten von Krieg, US-Unberechenbarkeit, Erweiterungsdruck, wirtschaftlicher Schwäche und autoritären Angriffen? Genau darauf bleibt die Bundesregierung nach einem Jahr eine überzeugende Antwort schuldig.

Die Europäische Bewegung Deutschland bewertet die Bundesregierung nicht parteipolitisch, sondern entlang der EBD-Politik. Maßstab ist, ob deutsches Regierungshandeln Europas demokratische Handlungsfähigkeit stärkt, Europas außenpolitische Verantwortung ausbaut, europäische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe fördert und den Binnenmarkt freiheitlich, nachhaltig, sozial und demokratisch weiterentwickelt. Daraus folgt auch: Gute deutsche Europapolitik muss die Gemeinschaftsmethode stärken, Schengen verteidigen, Rechtsstaatlichkeit sichern, Erweiterung und Reform zusammendenken, gesellschaftliche Kräfte einbinden und europäische Aufgaben auch europäisch finanzieren.

Deutsche Europakoordinierung: Der Maschinenraum läuft besser

Schon bei der Bewertung des Koalitionsvertrags hatte die EBD richtige Ansätze gesehen: eine bessere Europakoordinierung, klare Unterstützung für die Ukraine, ein Bekenntnis zur EU-Erweiterung, zur Stärkung des Europarats und zu einem handlungsfähigeren Europa. Gleichzeitig blieben zentrale Fragen offen: Wo ist der Reformfahrplan für die demokratische Weiterentwicklung der EU? Wie ernst ist das Bekenntnis zu Schengen? Wie soll europäische Souveränität finanziert werden? Und wie wird aus besserer Abstimmung echte europäische Führung?

Nach einem Jahr zeigt sich: Die Bundesregierung hat den europapolitischen Maschinenraum tatsächlich verbessert. Die Koordinierung wirkt strukturierter, Ressortkonflikte werden früher aufgefangen, und Deutschland tritt europapolitisch weniger widersprüchlich auf. Das ist nicht geringzuschätzen. Wer in Brüssel spät, unklar oder widersprüchlich handelt, verliert Gestaltungsmacht. Wer früh koordiniert, kann europäische Kompromisse prägen.

Aber genau hier liegt die nächste Aufgabe: Koordinierung darf nicht nur dazu dienen, deutsche Blockaden zu vermeiden. Sie muss zu früherer politischer Gestaltung führen. Weniger „German Votes“ sind ein Fortschritt. Entscheidend ist, ob daraus mehr europäische Initiative und Vision, mehr Verlässlichkeit und mehr gemeinsame Handlungsfähigkeit werden.

Gemeinschaftsmethode und Demokratie: Führung heißt Einbindung

Der zentrale strategische Mangel bleibt, dass die Bundesregierung noch kein überzeugendes europapolitisches Leitbild erkennen lässt. Sie wirkt koordinierter, aber nicht immer strategisch oder zielorientiert. Gerade Deutschland als größter Mitgliedstaat darf europäische Führung nicht mit Steuerung durch kleinere Exekutivzirkel verwechseln.

Flexible Formate wie E3, E6 oder Weimar Plus können hilfreich sein, wenn sie europäische Einigung vorbereiten, Brücken bauen und Blockaden überwinden helfen. Sie werden problematisch, wenn sie zur Ersatzlogik für europäische Integration werden. Aus EBD-Sicht entsteht europäische Handlungsfähigkeit nicht durch Minilateralisierung, sondern durch die Gemeinschaftsmethode: eine starke Europäische Kommission, ein starkes Europäisches Parlament, transparente Gesetzgebung, parlamentarische Kontrolle und die Einbindung aller Mitgliedstaaten.

Deutschland muss führen, indem es integriert. Es muss Interessen aufnehmen, Kompromisse ermöglichen und gemeinsame europäische Initiativen schmieden. Dazu gehört auch, Bundestag, Bundesrat, Länder, Kommunen und gesellschaftliche Kräfte früher in deutsche Europapolitik einzubinden. Strategie, Effizienz und demokratische Teilhabe sind kein Widerspruch. Sie sind Voraussetzung dafür, dass deutsche Europapolitik in Brüssel nicht nur funktioniert, sondern legitimiert und nachhaltig wirkt.

Eine große europapolitische Grundsatzrede des Bundeskanzlers wäre deshalb mehr als Symbolik. Sie müsste erklären, welches welche Europäische Union der Bundeskanzler will und er diese gestaltet, wie Deutschland europäische Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation, wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammendenkt. Bisher fehlt dieser öffentlich erkennbare Kompass.

Schengen und offene Grenzen: Europas Freiheitsversprechen verteidigen

Der sichtbarste europapolitische Fehltritt des ersten Regierungsjahres bleibt das nationale Grenzregime im Schengen-Raum. Schon im Koalitionsvertrag hatte die EBD vor der Fortsetzung von Grenzkontrollen gewarnt. Diese Warnung hat sich bestätigt.

Binnengrenzkontrollen setzen auf nationale Symbolik, wo europäische Verfahren, die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Außengrenzmanagement, grenzüberschreitende Polizeikooperation und bessere Verwaltungszusammenarbeit gefragt wären. Sie belasten Grenzregionen, Pendlerinnen und Pendler, Unternehmen, Kommunen und den Alltag der Menschen, die Europa täglich leben.

Schengen ist kein Schönwetterprojekt. Offene Grenzen innerhalb der EU gehören zu den konkretesten Freiheitsversprechen Europas. Sie sind Binnenmarkt, Nachbarschaft, Arbeitsmarkt, Bildungserfahrung und europäische Alltagspraxis. Wer offene Grenzen im Innern zur innenpolitischen Beruhigung infrage stellt, beschädigt Vertrauen bei Nachbarn und Bürgerinnen und Bürgern.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz zur Kontrolle an der luxemburgisch-saarländischen Grenze zeigt zusätzlich, dass Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum kein politisches Normalinstrument sind, sondern eine eng begründungsbedürftige Ausnahme. Europäische Freiheit darf nicht zur nationalen Verfügungsmasse werden. Sicherheit braucht europäische Zusammenarbeit, keine schleichende Rückkehr nationaler Schlagbäume.

Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit: Vereinfachung und Vereinheitlichung ja, Brüssel-Bashing nein

Auch beim Thema Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich die Ambivalenz. Es ist richtig, dass die Bundesregierung Vereinfachung, Vereinheitlichung, schnellere Verfahren und bessere Rechtsetzung auf die europäische Agenda setzt. Die EBD unterstützt Bürokratieabbau und Vereinfachung auf allen Ebenen: europäisch, national, föderal und kommunal. Europas Handlungsfähigkeit leidet nicht nur unter komplizierten Verfahren in Brüssel, sondern ebenso unter schwerfälliger nationaler Umsetzung, bürokratischer Übererfüllung europäischer Vorgaben, föderalen Parallelstrukturen, mangelnder Digitalisierung und verspäteter deutscher Positionierung.

Problematisch wird es aber, wenn Bürokratieabbau in Brüssel-Bashing kippt. Europa wird nicht stark durch einen Wettbewerb um niedrigere Schutzstandards. Europa wird stark durch bessere Regeln: klar, verständlich, digital anwendbar, verhältnismäßig und binnenmarktfähig. Wer mit dem Finger auf Brüssel zeigt, muss zugleich die eigene Verantwortung im Rat, bei der nationalen Umsetzung und in der deutschen Verwaltung ernst nehmen.

Die Berichte von Draghi und Letta sind kein Steinbruch für Entlastungsrhetorik, sondern ein Auftrag zu tieferer europäischer Integration: Binnenmarktvertiefung, Spar- und Investitionsunion, Energie- und Digitalintegration, Bildung, Innovation und Investitionen. Wettbewerbsfähigkeit darf nicht auf Deregulierung verengt werden. Sie muss mit sozialer Marktwirtschaft, guter Arbeit, Klima- und Sozialpolitik, technologischer Souveränität und einem funktionierenden Binnenmarkt zusammengedacht werden.

Außen-, Sicherheits- und Erweiterungspolitik: Ukraine stark, europäische Verteidigungsunion noch zu schwach

In der Außen- und Sicherheitspolitik bleibt die kontinuierliche Unterstützung der Ukraine ein klarer Pluspunkt. Deutschland hat europäische Verlässlichkeit bewiesen und trägt wesentlich dazu bei, dass die Ukraine politisch, wirtschaftlich und militärisch handlungsfähig bleibt. Auch der Vorstoß zur praktischen Ausbuchstabierung der EU-Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 EUV hat eine wichtige Debatte über europäische Sicherheitsverantwortung ausgelöst.

Gleichzeitig bleibt die europäische Verteidigungsstruktur zu fragmentiert. Mehr nationale Verteidigungsausgaben sind noch keine Europäische Verteidigungsunion. Entscheidend sind gemeinsame Planung, gemeinsame Beschaffung, europäische Wertschöpfungsketten, Interoperabilität, klare Standards und demokratische Kontrolle. Deutsche Verteidigungspolitik muss stärker europäisch denken, wenn sie europäische Souveränität tatsächlich stärken will.

Auch bei der Erweiterung reicht das richtige Bekenntnis nicht aus. Die Bundesregierung unterstützt den Weg der Ukraine, Moldaus, der Staaten Südosteuropas und der Türkei in

die EU. Das ist richtig. Zugleich muss europäische Erweiterungspolitik politisch realistisch bleiben: Beitrittsverhandlungen werden nicht immer mit einfachen Regierungen geführt. Gerade deshalb darf Erweiterung aber nicht auf geopolitische Stabilisierung oder wirtschaftliche Annäherung verengt werden. Wirtschaftliche Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie müssen zusammen gedacht werden.

Wer Kandidatenländer Schritt für Schritt an den Binnenmarkt, an EU-Programme oder an sicherheits- und außenpolitische Zusammenarbeit heranführt, muss zugleich auf unabhängige Gerichte, freie Medien, Korruptionsbekämpfung, faire Wahlen, starke Parlamente, Sozialpartner und demokratische gesellschaftliche Kräfte achten. Die Bundesregierung sollte hierfür alle europäischen und bilateralen Instrumente nutzen: Konditionalität, Heranführungshilfen, Rechtsstaatsdialoge, Zusammenarbeit mit dem Europarat, der Venedig-Kommission und GRECO, parlamentarische Kontakte, kommunale Partnerschaften, Erasmus-Zugang, wirtschaftliche Kooperation und Unterstützung demokratischer Akteure.

Der Regierungswechsel in Ungarn zeigt zugleich, dass europäische Rechtsstaatlichkeitspolitik nicht statisch gedacht werden darf. Wenn neue politische Möglichkeiten entstehen, müssen EU und Bundesregierung diese entschlossen nutzen: mit klarer Kante bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung, aber auch mit konkreter Unterstützung für Reformen. Das gilt innerhalb der EU ebenso wie gegenüber Beitrittskandidatenländern. Eine glaubwürdige Erweiterungspolitik verbindet wirtschaftliche Annäherung immer mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Erweiterung und Reformfähigkeit gehören zusammen. Eine größere EU muss demokratischer, handlungsfähiger, rechtsstaatlicher und transparenter werden.

EU-Haushalt: Wer Souveränität will, muss sie finanzieren

Der Mehrjährige Finanzrahmen wird nun zum Glaubwürdigkeitstest deutscher Europapolitik. Die Bundesregierung erkennt neue europäische Aufgaben an: Ukraine-Unterstützung, Verteidigung, Transformation, Erweiterung, Wettbewerbsfähigkeit und demokratische Resilienz. Doch wer mehr europäische Souveränität fordert, muss sie auch europäisch finanzieren.

Aus EBD-Sicht braucht es einen EU-Haushalt mit echtem europäischen Mehrwert, starken Eigenmitteln, klarer Rechtsstaatskonditionalität, verlässlicher regionaler und sozialer Förderung sowie voller parlamentarischer Kontrolle. Verteidigungsausgaben dürfen nicht gegen Zukunftsinvestitionen, soziale Kohäsion, Bildung oder Transformation ausgespielt werden.

Europäische Finanzierung muss europäischen Zusammenhalt fördern und darf nicht zu neuer Fragmentierung führen. Gerade wenn nationale und regionale Partnerschaftspläne, Wettbewerbsfähigkeitsfonds oder neue Verteidigungsinstrumente diskutiert werden, braucht es demokratische Kontrolle, das Partnerschaftsprinzip und die Einbindung von Regionen, Kommunen, Sozialpartnern und weiteren gesellschaftlichen Kräften. Europäische Handlungsfähigkeit ist nicht nur eine Frage politischer Beschlüsse, sondern auch eine Frage ihrer Finanzierung.

Europäische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe: Demokratie braucht europäische Erfahrung

Eine strategische deutsche Europapolitik darf sich nicht auf Gipfel, Haushalte und Gesetzgebungsverfahren beschränken. Europäische Handlungsfähigkeit entsteht auch dort, wo Bürgerinnen und Bürger die EU verstehen, erleben und mitgestalten können. Europäische Bildung, Austauschprogramme, Jugendbeteiligung, europäische Laufbahnen und die Einbindung gesellschaftlicher Kräfte sind deshalb keine weichen Begleitthemen, sondern Voraussetzungen demokratischer Resilienz.

Die Bundesregierung sollte europäische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe stärker als Teil ihrer Europastrategie begreifen. Dazu gehören bessere Europakompetenz in Schulen, beruflicher Bildung, Hochschulen und Verwaltung, ein gestärktes Erasmus+, europäische Austauschformate auch außerhalb akademischer Milieus und eine systematische Förderung europäischer Laufbahnen. Wer will, dass Deutschland in Brüssel besser aufgestellt ist, muss europäische Erfahrung und Europakompetenz im eigenen Land stärken.

Zweites Regierungsjahr: Aus Koordinierung muss Führung werden

Die Bundesregierung hat einige europapolitische Versprechen des Koalitionsvertrags eingelöst, vor allem bei Koordinierung, Ukraine-Unterstützung, Handel und europäischer Sichtbarkeit. Nicht eingelöst ist bislang der größere Anspruch: Deutschland als Motor einer demokratisch handlungsfähigen, offenen, sozialen und strategisch souveränen Europäischen Union.

Das zweite Regierungsjahr sollte deshalb zur europapolitischen Kurskorrektur werden. Die Bundesregierung muss aus besserer Koordinierung echte europäische Führung machen: mit einer positiven Europa-Erzählung, klarer Unterstützung für EU-Reformen, einem verlässlichen Bekenntnis zu Schengen, einer echten Europäischen

Verteidigungsunion, einem zukunftsfesten EU-Haushalt, mehr europäischer Bildung und besserer Rechtsetzung ohne Brüssel-Bashing.

Deutschland ist in Brüssel wieder präsenter. Nun muss es zeigen, wofür es Europa gestalten will. Weniger deutsche Blockaden sind ein Fortschritt. Entscheidend ist aber, ob daraus mehr europäische Initiative, mehr Gemeinschaftsmethode, mehr demokratische Handlungsfähigkeit und mehr Vertrauen in Europa werden.

V.i.S.d.P.: Bernd Hüttemann, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.